

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

18.03.2019

Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sondersitzung

der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom Montag, 18. März 2019

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:25 Uhr
Ort: Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesenheit

Herr Ibrahim Al Najjar
Frau Ulrike Berger
Herr Dr. Ullrich Bittner
Herr Ulf Burmeister
Frau Rita Duschek
Herr Rudi Duschek
Frau Yvonne Görs
Herr Professor Dr. Frank Hardtke
Herr Axel Hochschild
Herr Heiko Jaap
Herr Lutz Jesse
Herr Wolfgang Jochens
Herr Dr. Andreas Kerath
Herr Jörg König
Herr Alexander Krüger
Herr Christian Kruse
Herr Thomas Lange
Herr Jürgen Liedtke
Frau Karola Lüptow
Herr Peter Madjarov
Herr Peter Multhauf
Herr Thomas Mundt
Herr Christoph Oberst
Herr Dr. Sascha Ott
Herr Milos Rodatos
Herr Dr. Ulrich Rose
Frau Birgit Socher
Herr Ludwig Spring
Herr Dr. Rainer Steffens
Herr Professor Dr. Thomas Treig
Herr Erik von Malottki
Frau Brigitte Witt
Frau Dr. Monique Wölk
Frau Katja Wolter
Herr Ingo Ziola

Entschuldigt

Herr André Bleckmann
Herr Frank Embach
Frau Marion Heinrich
Herr Dr. Jörn Kasbohm
Herr Nikolaus Kramer
Herr Egbert Liskow
Herr Dr. Thomas Meyer
Frau Dr. Mignon Schwenke

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
5. Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
6. Beratung der Beschlussvorlagen
- 6.1. Aufhebung der Beschlussfassung zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2019/2020 B816-31/18 vom 17.12.2018 und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2019/ 2020
Dez. I, Amt 20
7. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
8. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**Die Präsidentin der Bürgerschaft**

- . eröffnet die Sitzung.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
- . fragt, ob sich jemand gegen die Tonaufnahmen der anwesenden Presse ausspreche. Das ist nicht der Fall.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**Die Präsidentin der Bürgerschaft**

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . informiert über zwei Änderungsanträge zu TOP 6.1.

Herr Multhauf

- . kündigt einen weiteren Änderungsantrag zu TOP 6.1 an.

Frau Socher

- . erinnert daran, dass vereinbart worden sei, dass der Haushalt nicht mehr durch weitere Änderungsanträge verändert werde, damit er nach Beschlussfassung umgehend an das Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern geschickt werden könne. Alle weiteren Anliegen könnten in der Sitzung der Bürgerschaft am 29.04.2019 behandelt werden.
- . lässt über die Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Ballke

- . geht auf den Zeitungsartikel über den Streit zum Kulturfest am 1. Mai ein. Hierbei solle der Veranstalter die Bürgerinitiative Ernst Moritz Arndt ausgeschlossen haben.
- . möchte wissen, was die Präsidentin der Bürgerschaft und der Oberbürgermeister dafür getan hätten, um die Diskrepanz zu glätten.

Frau Socher

- . sagt, dass sich das Präsidium mit dieser Sache bisher nicht auseinandergesetzt habe. Es gebe einen Verein, der die Veranstaltung organisiere und einen Schirmherrn. Die Bürgerschaft sei bisher nicht in diese Angelegenheit involviert.

Frau Pannwitz (Frauenbeiratsmitglied)

- . macht auf eine Werbung auf Greifswalder Stadtbussen aufmerksam.
- . möchte wissen, wie die Werbung auf die städtischen Busse gelangt sei und wie die Stadt dazu stehe, dass Busse der Stadtwerke Greifswald GmbH mit sexistischer Werbung durch die Stadt fahren würden.
- . weist darauf hin, dass in anderen Städten sexistische Werbung bereits verboten sei. Bei Klar-Schiff gebe es 78 Unterstützer dieser Meldung.
- . regt an,
 - Kriterien gestützte Leitlinien für öffentliche Werbung der Stadtwerke Greifswald GmbH zu erstellen.
 - dass die Bürgerschaft sich zu sexistischen Werbungen positioniere.

- den Aufsichtsrat der Stadtwerke Greifswald GmbH dazu aufzufordern, sexistische Werbung nicht zu unterstützen.
- darüber nachzudenken, sexistische Werbung zu verbieten.

Der Oberbürgermeister

. informiert, dass der Bus bereits zurückgezogen worden sei.

Herr König

. werde das Anliegen in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Greifswald GmbH mitnehmen.

TOP 4. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister macht folgende Mitteilungen:

- Rubenowpreisträger
Am 14.05.2019 werde, wie jedes Jahr, eine Auszeichnung in Form der Rubenowmedaille vergeben. Dieses Jahr werde die Altstadtinitiative e.V. mit dem Preis ausgezeichnet. Die Altstadtinitiative sei bereits vor der Wende in loser Form gegründet worden. Vor allem in den 90er Jahren hätte sie sich sehr intensiv um den Erhalt der Greifswalder Altstadt gekümmert.
- Theater
Im letzten Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur sei kritisch angemerkt worden, dass niemand anwesend gewesen sei, der zum Theater Auskunft hätte geben können.
Es werde daher darum gebeten, der Stadtverwaltung zukünftig im Vorfeld ein Signal zu geben, falls solche Fragen vor der Sitzung auftreten, damit dann in der Sitzung ein zuständiger Mitarbeiter der Verwaltung anwesend sein könne. Es könne nicht gewährleistet werden, dass alle Mitarbeiter immer in allen bürgerschaftlichen Gremien anwesend seien.
Die Gesellschafter des Theater Vorpommerns hätten auf der Grundlage des Theaterpaktes vom 12.06.2018 sowie der Verhandlungsergebnisse am 04.07.2018 als Träger 7,2 Mio. EUR Landeszuschuss beantragt. Beschrieben seien Anfang des Jahres nur 6,5 Mio. EUR. Das Land begründe die Zuschussverringerung damit, dass die Beteiligungsverwaltung des Landes ihre Prüfungen noch nicht abgeschlossen habe und daher der Zuschussbedarf als noch nicht nachgewiesen gelte. Es handele sich jedoch um einen vorläufigen Bescheid und man befinde sich derzeit noch in Verhandlungen mit dem Land.
- Amtsleitung Tiefbau- und Grünflächenamt
Das Arbeitsverhältnis mit Frau Metzker werde am 31.03.2019 enden. Herr Schick werde kommissarischer Amtsleiter.
- Hinweise zur Novellierung des FAGs
Das FAG werde von einem 3-Säulen-Konzept auf ein 2-Ebenen-System umgestellt. Das bedeute, dass in Zukunft nur noch die Kreisebene und die kommunale Ebene betrachtet würden. Bei der Verteilung zwischen den Ebenen würden in Zukunft die Anwohnerzahl, die Steuerkraft, besondere Belastungen der Zentren, die Anzahl der Kinder und die Belastung durch überdurchschnittlichen Bevölkerungsrückgang eine Rolle spielen. Die kommunale Finanzausstattung werde insgesamt steigen. Aufgrund des Steuerwachstums und der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen könnten die Kommunen (Kreis und Gemeinden) insgesamt mit zusätzlichen 94 Mio. EUR rechnen. Zur Stärkung der Eigenfinanzierungskraft stelle das Land den Kommunen zusätzlich 60 Mio. EUR aus Landesmitteln zur Verfügung. Mit diesen Verhandlungen sei der Einstieg in eine Infrastrukturpauschale geschafft worden. Es werde eine allgemeine Infrastrukturpauschale von mindestens 100 Mio. EUR eingeführt, die auch nicht der Kreisumlage unterliege. Die Gemeinden würden

hierbei 65 Prozent und die Kreise 35 Prozent erhalten. Diese 65 Prozent würden zur Hälfte nach Einwohnern und zur Hälfte nach Finanzkraft auf die Gemeinden verteilt werden. Daher sei die genaue Summe für Greifswald noch ungewiss. Es werde eine Reihe von Förderprogrammen abgeschafft und die Mittel dem allgemeinen Haushalt zur Verfügung gestellt.

Für die Ausführung von Aufgaben im Auftrag des Landes (Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises) erhalte die Stadt finanzielle Mittel, wovon das Land bisher immer knapp 7,5 Prozent einbehalten habe. Dieser Einbehalt werde nun auf 3,75 Prozent gesenkt.

Wahrscheinlich könne man ab 2020 mit 3 bis 5 Mio. EUR mehr pro Jahr rechnen. Es gebe noch viele unsichere Faktoren, um dies sicher sagen zu können, wie beispielsweise die Regelung durch ein Gesetz, späte Rechnungen vom Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern, Absenkung der Kreisumlage, Verlauf der Grundsteuer, Abschaffung der Straßenausbaubeiträge oder die Beitragsfreiheit der Eltern.

TOP 5. Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.

. informiert, über:

- Ehrungen zum Stadtempfang
 - o Silberner Greif für
 - Herrn Dr. Gustav Seils
 - Frau Heike Kahlert und Melanie Suhrow von der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V. (DLRG)
 - Herrn Peter Multhauf
 - o Eintragungen in das Ehrenbuch
 - Frau Sabine Möller
 - Herr Prof. Dr. Manfred Prinz
 - Frau Barbara Resch
- Beschluss „*Information zu einer angeblichen Lücke bei der Versorgungskasse der Universitätsmedizin Greifswald*“
Die Antworten von der Ministerin und von der AfD seien an die Mitglieder der Bürgerschaft weitergeleitet worden.

TOP 6. Beratung der Beschlussvorlagen

TOP 6.1. Aufhebung der Beschlussfassung zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2019/2020 B816-31/18 vom 06/1792.1 17.12.2018 und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2019/ 2020 B854-32/19

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. bringt die Beschlussvorlage ein.

. geht auf die Änderungsanträge ein und bittet, über diese heute nicht abzustimmen, da jede Änderung umfangreiche Nacharbeiten im Haushalt mit sich führe. Dieser solle schnellstmöglich nach Schwerin geschickt werden.

Herr von Malottki

. hat aus den Aussagen des Oberbürgermeisters entnommen, wenn der Antrag eine Mehrheit finde, werde man auch eine Deckungsquelle finden und vertagt daher seinen Änderungsantrag (06/1801) auf die letzten Sitzung der Bürgerschaft am 29.04.2019.

Herr Spring

- . bringt den Änderungsantrag (06/1804) ein.
- . möchte wissen, wie viel Geld für die Elternbeiträge im städtischen Haushalt eingestellt sei.

Es seien 81 TEUR dafür eingestellt.

Herr Spring

- . habe bereits beim Eigenbetrieb nachgefragt, was die Platzkostendeckelung für den Eigenbetrieb bedeuten würde. Es würden dafür knapp 80 TEUR benötigt. Dabei seien die Freien Träger und die Kindertagespflege nicht berücksichtigt worden.
- . fragt, woher das Geld kommen solle.

Der Oberbürgermeister

- . antwortet, dass laut Beschluss die Gelder vom Kreis durchgereicht werden würden. Sollten mehr Gelder benötigt werden, müsse man zum gegebenen Zeitpunkt an die Bürgerschaft herantreten.

Herr Spring

- . erinnert, dass er daher den Vorschlag unterbreitet habe: Die Gelder vom Landkreis durch die Anzahl der Kinder zu teilen und das entsprechende Geld auf die Kindertagesstätten auszuschütten.

Herr Multhauf

- . bringt einen Änderungsantrag ein.
- Der Titel des folgenden Änderungsantrages lautet: Aufhebung der Beschlussfassung der Bürgerschaft vom 17.12.2018 zur Aufwandsentschädigung (Änderung der Hauptsatzung):

„Die Bürgerschaft hebt den in Titel genannten Beschluss auf.“

Herr Dr. Kerath

- . kritisiert, dass entgegen der getroffenen Absprache Änderungsanträge zum Haushalt eingebracht werden.
 - . befürwortet die Entscheidung der Verwaltung den Haushalt der Bürgerschaft noch einmal vorzulegen. Dadurch sei es auch möglich, die am 17.12.2018 beschlossene Erhöhung der Gewerbesteuer zurückzunehmen.
- Die SPD-Fraktion werde der Beschlussvorlage daher zustimmen.

Herr Dr. Steffens

- . sagt, dass die CDU-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde.
- Aufgrund der Absprache im erweiterten Präsidium werde sie keinem Änderungsantrag zustimmen.
- . erinnert an die Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen am 04.12.2018, in der Herr Jaap, Herr Kolbe und er selbst den Oberbürgermeister gebeten hätten, sich den Haushalt noch einmal anzusehen, um die Gewerbesteuererhöhung vermeiden zu können.
 - . hält es für ungewöhnlich, dass die Bürgerschaft mehrfach habe anmahnen müssen, die Zahlen zu erhalten.
- Im Jahr 2018 habe es höhere Gewerbesteuereinnahmen gegeben, als mit der erhöhten Gewerbesteuer für 2019 erreicht werden sollte.
- Es sei Monate vor der Beschlussfassung zum Haushalt bekannt gewesen, dass es deutliche Mehreinnahmen beim Umsatzsteueranteil der Gemeinde als auch bei der Schlüsselzuweisungen geben werde. Ebenfalls seien beim Personal über 1 Mio. EUR weniger in 2018 ausgegeben worden, als für 2018 als Planzahlen eingestellt gewesen seien. Dennoch seien für den Haushalt 2019/20 über 3 Mio. EUR mehr an

Personalkosten eingestellt worden. Des Weiteren seien für Zins und Tilgung enorme Summen angesetzt worden, obwohl die 20 Mio. EUR bisher nicht in Anspruch genommen worden seien.

Herr Krüger

- . sagt, dass diesen Argumenten bereits Frau Baas im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen entgegengewirkt habe.
 - . erinnert an die Haushaltssituation in 2013 und die damit verbundene Gewerbesteuererhöhung.
 - . wundert sich, warum die CDU-Fraktion keinen Änderungsantrag bezüglich der Summe der Zinsen zur Haushaltsdiskussion eingebracht habe. Die CDU-Fraktion hätte anregen können, diese zu reduzieren und wodurch auf die Gewerbesteuer hätte verzichtet werden können.
- Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 werde dem Haushalt zustimmen.

Herr Multhauf

- . habe dem Haushalt damals zugestimmt, da ihm erfahrungsgemäß bekannt gewesen sei, dass der Haushalt schnellstmöglich nach Schwerin geschickt werden müsse.
- . macht darauf aufmerksam, dass er immer wieder darauf hingewiesen habe, dass die Reduzierung der Gelder der Integrierten Gesamtschule "Erwin Fischer" nicht im Haushalt dargestellt worden sei.
- . äußert seine Bedenken zum Hansering.
- . regt an, das Projekt Hansering vorläufig zu verschieben.
- . bittet den Oberbürgermeister aufgrund der neuen Haushaltssituation zu prüfen, ob die Mittel für das Ortsteilbudget aus dem Haushaltsjahr 2018 in das Haushaltsjahr 2019 übertragen werden können.

Der Oberbürgermeister

- . sagt, dass die Verwaltung anstrebe, das laufende Haushaltscontrolling zu verbessern, damit man beim nächsten Haushalt nicht auf der Grundlage anderer Zahlen über den Haushalt entscheiden müsse.

Herr Hochschild

- . beantragt eine Auszeit, damit sich die CDU-Fraktion aufgrund der bisherigen Aussagen neu beraten könne.

P A U S E
18:52 Uhr – 19:00 Uhr

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag (06/1804) von der Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, die für das Jahr 2019 an die UHGW ausgereichten Mittel aus dem ehemaligen Betreuungsgeld zur Beibehaltung der Kostendeckelung der Elternbeiträge für den Eigenbetrieb und die freien Träger zu verwenden. Die nicht verwendeten Mittel sind an die den Kindertagesstätten und Kindertagespflegen im Rahmen der KiTa Budgets entsprechend der Anzahl der betreuten Kinder für qualitative Verbesserungen auszureichen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	mehrheitlich	2

Frau Socher lässt über den Änderungsantrag von Herrn Multhauf abstimmen:

„Die Bürgerschaft hebt den in Titel genannten Beschluss auf.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	mehrheitlich	einige

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

1. *„Die Bürgerschaft hebt den Beschluss 06/1654 B816-31/18 vom 17. Dezember 2018 zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2019/ 2020 auf.*
2. *Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Haushaltssatzung 2019/2020 sowie den Haushaltsplan für den Doppelhaushalt 2019/2020.*
3. *Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die negativen Jahresergebnisse der Haushaltsjahre 2019 und 2020 durch Entnahmen aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage soweit wie möglich auszugleichen.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

TOP 7. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Al Najjar

- . berichtet, dass es für viele Menschen – insbesondere ältere und beeinträchtigte – sehr beschwerlich sei, die Baustelle am Parkplatz beim REWE Markt GmbH/Penny Markt GmbH am Möwencenter Greifswald zu umgehen.
- . möchte wissen, wie lange diese Baumaßnahme andauern werde und ob die Stadt diesen Prozess etwas beschleunigen könne.
- . weist darauf hin, dass die Einwohner später durch den Verkauf des Parkplatzes bei der Polizeidienststelle in der Brinkstraße Schwierigkeiten bei der Parkplatzsuche haben werden.
- . bedankt sich beim Oberbürgermeister, dass er die Moschee in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald besucht habe.

Herr Hochschild hat die Sondersitzung der Bürgerschaft verlassen.

Herr Kaiser

- . informiert, dass es sich um eine private Baustelle handele.

Herr Dr. Kerath

- . geht auf ein Grundstück an der Ecke Hainstraße/An der Silberpappel ein. Viele Jahrzehnte habe dort ein Klinkerbau gestanden, der dann über die Zeit verfallen sei. Im letzten Jahr sei dieser vollständig abgerissen worden. Nun sei eine große Baugrube ausgehoben worden, wobei große Arbeitsgeräte (Mehrachser, Laster, Tieflader, Bagger...) eingesetzt würden. Diese Fahrzeuge würden über die Hainstraße die Baustelle erreichen. In der Hainstraße bestehe jedoch ein Verbot für das Befahren von LKWs mit einem Gewicht von mehr als 7 ½ Tonnen. Die ersten Spuren von diesen Fahrzeugen seien bereits auf der Hainstraße sichtbar.
- . ist der Meinung, dass diesem Vorgehen dringend Einhalt geboten werden müsse und bittet die Verwaltung, dies kurzfristig umzusetzen.

Herr Multhauf

- . greift ein Zeitungsinterview mit dem Oberbürgermeister auf.
- . kritisiert, dass das Angebot der Bürgerinitiative Ernst Moritz Arndt (BI) vom Bündnis „Greifswald für alle“ wieder abgelehnt worden sei. Frau Grit Wuschek – Sprecherin der BI – habe sich daraufhin an den Oberbürgermeister gewandt. Er habe jedoch die Absage

mit denselben Argumenten des Bündnisses unterstützt.

. stellt die Situation noch einmal dar.

. informiert, dass am 01.05.2019 erneut an Mahnwache mit dem Thema „1. Mai – Arndt immer dabei“ abgehalten werde.

Herr Dr. Bittner hat die Sondersitzung der Bürgerschaft verlassen.

Der Oberbürgermeister

. macht darauf aufmerksam, dass weder er noch die Stadt Veranstalter der Zusammenkunft am 1. Mai sei. Er habe nur die Schirmherrschaft hierfür übernommen und werde dies auch in diesem Jahr wieder tun. Bei einer Übernahme der Schirmherrschaft würden das grundsätzliche Anliegen und die Beteiligten im Vorfeld geprüft werden. Ein Schirmherr überprüfe jedoch nicht sämtliche einzelne Veranstalter vor Ort.

Der Veranstalter sei gefragt worden, wieso sie der BI keinen Platz einräume und er habe seine Gründe mitgeteilt. Dem Oberbürgermeister als Schirmherren stehe nicht zu Personen auszuladen. Der Vorfall führe nicht zu einer Rücknahme der Schirmherrschaft. Jedoch seien Gewalt, Bedrängen und Bespucken in keiner Weise in Ordnung.

. stellt klar, dass die Stadt sich um historische Jubiläen kümmere, die eine wichtige Rolle für Greifswald gespielt hätten. Die Person Ernst Moritz Arndt habe in der Geschichte der Stadt Greifswald keine große Rolle gespielt. Daher habe sich die Verwaltung entschieden, keine Veranstaltung zu dem Jubiläum durchzuführen. Es werde jedoch ausdrücklich begrüßt, dass viele andere Veranstaltungen zu diesem Anlass stattfänden.

Frau Socher

. greift die Aussagen des Oberbürgermeister für die Bürgerschaft auf und sagt, dass sie es nicht gut finde, wenn sich die Mitglieder der bürgerschaftlichen Gremien verbal attackieren und Begriffe verwenden würden, die nicht angemessen seien.

. würde sich freuen, wenn sich die BI und die Veranstalter für die Veranstaltung am 1. Mai zusammensetzen könnten und um über die Angelegenheit zu sprechen.

Herr Krüger

. geht auf einen Zeitungsartikel in der OSTSEE-ZEITUNG (OZ) ein, in dem sich Herr Pegel zu einem Großbauprojekt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald geäußert habe.

. findet es schade, dass diese Diskussion über die OZ geführt werde.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 bittet, mit dem Ministerium direkt zu sprechen.

. möchte wissen, ob mit dem Ministerium verhandelt werde bzw. was die Universitäts- und Hansestadt Greifswald unternehme, damit sie nicht Gefahr laufe, die Fördermittel der Integrierten Gesamtschule "Erwin Fischer" zurückzahlen zu müssen.

. regt an, ein Parallelprojekt zu planen und entsprechend darüber zu informieren.

Frau von Busse

. stimmt Herrn Krüger zu, dass es nicht der richtige Weg sei, über die Zeitung zu kommunizieren. Daher habe sie – als die Nachfrage von der Zeitung eingegangen sei – direkt das Gespräch im Ministerium angeboten. Bislang stehe eine Reaktion aus.

. habe heute gehört, dass zumindest zu den anderen Förderprojekten Gespräche stattfinden würden.

Selbstverständlich werde sich die Verwaltung Alternativen überlegen, sobald fundierte Kenntnisse vorliegen. Bislang gebe es lediglich die Äußerung des Ministers über die Zeitung. Möglicherweise müsse man sich bei Vorliegen bestimmter Tatsachen anderen Projekten widmen, aber man könne dadurch nicht bestehende Projekte vernachlässigen.

. habe sich das ISEK, insbesondere die von Herrn Pegel angesprochenen Verkehrsvorhaben und die Reihenfolge der von ihm beschriebenen Maßnahmen noch einmal angesehen. Der Hansering sei bereits bei den Verkehrsprojekten relativ weit oben eingeordnet. Bei den Projekten, die danach kämen, müsse man sich die Frage

stellen, was realistisch umsetzbar sei.

. hofft, dass vom Ministerium eine Reaktion eingehe. Die Stadtverwaltung stehe jederzeit für Gespräche bereit.

Frau Wolter

. beschreibt eine Parkplatzsituation in der Anklamer Straße zwischen Theater und der Rudolf-Breitscheid-Straße. Die dazwischen wohnenden Eigentümer hätten keine Parkplätze und jeder gehe damit anders um.

. möchte wissen, wie mit einer öffentlichen Grünfläche umzugehen sei und berichtet, dass ein Grundstück gekauft worden sei, die davor liegenden öffentliche Grünfläche vom Eigentümer in einen Parkplatz umgeschottert worden sei und die Stadt mitgeteilt habe, dass dies nachträglich legalisiert worden sei.

. weist in diesem Zusammenhang auf die umliegenden Kindergärten hin. Sämtliche Autos würden über den Bürgersteig auf die Parkplätze fahren.

. wünscht sich, dass die Stadt einheitlich mit den Parkplätzen umgehe und bittet um eine Information über die Kriterien für eine Genehmigung bzw. eine Auflagenerteilung bezüglich dieser Parkplätze.

Es wird um eine schriftliche Beantwortung gebeten.

TOP 8. Schluss der Sitzung

Die Präsidentin der Bürgerschaft beendet die Sitzung der Bürgerschaft um 19:25 Uhr.

für das Protokoll

Birgit Socher
Präsidentin

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin
Sitzungsdienst
Bürgerschaft